

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/94

21. Mai 1975

Die "Internationale": stärkste politische Kraft der freien Welt

Rückblick auf eine Tagung der Sozialistischen Internationale in Australien

Von Wilhelm Dröcher MdL
Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 und 1a / 78 Zeilen

Der neue Angst-Buhmann des FJ Strauß

CSU-BaB will die Wähler mit Marxismus-Drohung erschrecken

Seite 2 / 42 Zeilen

Höherer Lohn für Ehrlichkeit

Anmerkungen zum Gesetzentwurf über Änderungen des Fundrechts

Von Hermann Dürr MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Spanien vor dem Wechsel

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des SPD-Vorstands und Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 130 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 66 843 - 46 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die "Internationale": stärkste politische Kraft der freien Welt

Rückblick auf eine Tagung der Sozialistischen Internationale in Australien

Von Wilhelm Dröcher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des
Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft

Wilhelm Dröcher hat für die SPD und den Bund der EG-Sozialdemokraten an der ersten Tagung der Sozialistischen Internationale auf dem australischen Kontinent und anschließend am Kongreß der regierenden neuseeländischen Labour Party in Wellington teilgenommen.

Sie könnte in der westlichen Welt die wichtigste, die stärkste freiheitliche politische Kraft sein: die Sozialistische Internationale, der weltweite Zusammenschluß der Sozialdemokraten und der demokratisch-sozialistischen Parteien außerhalb des kommunistischen Machtbereichs. Nicht weniger als 62 Parteien gehören zurzeit der Sozialistischen Internationale an, ein rundes Drittel davon steht in der Regierungsverantwortung und nicht wenige sogar in alleiniger Verantwortung.

Erstmals hat die Internationale auf dem fünften Kontinent getagt, in Australien. Auch dort regieren seit einiger Zeit Sozialdemokraten, ebenso wie im benachbarten Neuseeland, wo Labour die Regierungsverantwortung, fast geschlossen unterstützt von den Maoris, den Ureinwohnern des Inselstaates, in nationaler Minderheit übernehmen konnte. Bei den letzten Wahlen haben nicht weniger als 88,6 vH der Maoris die Labour-Kandidaten gewählt.

Zu den beherrschenden Themen der Tagung in der australischen Stadt Adelaide gehörte das Thema Chile. Die Vertreter der radikalen Partei Chiles, die an der Konferenz teilnahmen, machten ihre Freunde aus aller Welt mit erschütternden und erschreckenden Einzelheiten über das Wirken des derzeitigen Terrorregimes bekannt. Dr. Sicco Mansholt, Vizepräsident der Internationale und auch des Bundes der EG-Sozialdemokraten, konnte die Darstellungen aus eigener Anschauung bestätigen, weil er rund zwei Wochen lang Chile bereist und zahlreiche Gespräche mit Verfolgten geführt hatte. Es ist heute noch nicht an der Zeit, Einzelheiten über die Beratungen der Chile-Frage durch die Internationale darzulegen, zumal darüber in nationalen Parteien und in den nationalen Regierungen, in denen Sozialdemokraten in der Verantwortung stehen, noch eingehend zu sprechen sein wird. Im Ziel aber waren sich die Sozialdemokraten aus allen Teilen der freien Welt einig: nämlich alles für Demokraten Denkbare zu tun und in die Wege zu leiten, um jenes verbrecherische Regime, das den Mord an Präsident Allende und die Schreckensherrschaft seither zu verantworten hat, vor der Weltöffentlichkeit zu brandmarken und seine Abklärung durch demokratische

Parteien zu betreiben. Chiles Demokraten, nicht nur jene, die durch die Sozialistische Internationale repräsentiert werden, können sich auf die Solidarität der sozialdemokratischen Parteien verlassen.

Die entscheidenden Schritte praktizierter Solidarität können aber konkret nicht von der Internationale ausgehen, sondern nur von den jeweiligen nationalen Parteien, denn der weltweite Zusammenschluß vermag nur Empfehlungen an ihre Mitglieder zu geben. Das aber muß dann keine Schwäche sein, wenn die Parteien sich in Weg und Ziel weithin einig sind, und ihren Einfluß auf die Regierungen entsprechend nutzen.

Verstärkt wird sich die Internationale jetzt auch dem Ausbau ihrer regionalen Organisationen zuwenden. Vor allem soll die Arbeit der Konferenz der asiatischen sozialistischen Parteien, die in Singapur ihren Sitz hat, auf alle freien Staaten des asiatischen und des pazifischen Raumes ausgedehnt werden. Am weitesten ist derzeit fraglos die regionale Arbeit der Sozialdemokraten in der Europäischen Gemeinschaft gediehen, weshalb Berichte über den Stand der europäischen Einigung allgemeinen und über die intensiviertere Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien spezielles Interesse fanden. Die Internationale will sich jetzt außerdem auch stärker um die ihr angehörenden und ihr nahestehenden Parteien Lateinamerikas kümmern; ob durch eine eigene Regionalorganisation oder direkt vom Sitz der Internationale aus, das ist im Augenblick noch offen.

Gleichwohl muß die Organisation der Sozialdemokraten der freien Welt gestärkt werden, und das möglichst bald. Das zentrale Büro des weltweiten Zusammenschlusses muß auch finanziell besser ausgestattet werden. Wer seine heutigen Möglichkeiten sieht, dem ist sofort klar, daß bereits die laufende Information aller Mitgliedparteien oder der regionalen Zusammenschlüsse auf Schwierigkeiten stoßen muß. Dem wird auch ebenso klar sein, daß ihre internationale Präsenz des Zusammenschlusses etwa bei Kongressen der Vereinten Nationen oder ähnlicher Organisationen viel zu wünschen übrig läßt, ganz abgesehen von den ungenügenden Möglichkeiten, jungen sozialdemokratischen Parteien in den Ländern der Dritten Welt auch materiell helfen zu können.

Diese Tatbestände sind nicht neu. Aber sie sind heute deutlicher erkennbar, als jemals zuvor. Die Entwicklung in der gesamten Welt und zwischen den großen Machtblöcken erfordert dringend eine Stärkung der wichtigsten Parteilengruppierungen des nichtkommunistischen Lagers. Darüber wird der große Kongreß der Sozialistischen Internationale im Januar 1976 mit den nationalen Parteien zu diskutieren haben. Die Frage nach der Überwindung einer gewissen Lethargie und Resignation - bei allem Verzicht auf falsche Idealisierung - ist den Sozialdemokraten und den Sozialisten in aller Welt sehr dringlich gestellt. (-/21.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Der neue Angst-Buhmann des FJ Strauß

CSU-Baß will die Wähler mit Marxismus-Drohung erschrecken

Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender und zunächst abgedrängter Kanzlerkandidat der CDU/CSU, hat zu Pfingsten eine Erleuchtung gehabt, auch wenn die deutsche Öffentlichkeit wegen anderer Beschäftigungen kaum Notiz davon genommen hat. Er meinte im "Deutschlandfunk", daß der Bundestagswahlkampf um die Frage geführt werden würde: "Soll Deutschland marxistisch werden? Soll die BRD ein marxistisch regiertes Land werden?"

Franz Josef Strauß muß es wissen. Er war bei Mao und verfügt allein schon deshalb ohne Zweifel über profunde Kenntnisse in Sachen Marxismus. Die Frage ist nur, welcher Marxismus gemeint ist, der die Bundesrepublik nach 1976 angeblich regieren würde. Der Marxismus von Peking, von Moskau, von Ost-Berlin, Tirane oder Kuba? Auch in Belgrad gibt es eine Spielart des Marxismus, ebenso in Warschau und in Bukarest. Und wenn man die westlichen kommunistischen Parteien näher betrachtet, wird sich in Rom, Paris, Brüssel oder sogar bei der bundesrepublikanischen KP noch etwas finden lassen, was der neuen Panikstrategie aus München gerecht werden könnte.

Natürlich weiß Strauß selbst sehr gut, daß er wieder einmal dummes Zeug geredet hat. Die Frage ist also, warum er jetzt schon, eineinhalb Jahre vor der Bundestagswahl 1976, einen neuen Buhmann aufbaut. Die Antwort: Er hat erfahren müssen, daß die Strategie der Panikmache mit dem angeblichen Elend der Unions-Parteien nichts einbringt. Die letzten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, wo gerade Strauß kräftig mitgemischt hat und seinen staunenden Zuhörern weißmachen wollte, daß die Bundesrepublik ein Land des Elends sei, in dem sogar die Unternehmer am Hungertuch nagen, haben gezeigt, daß sich der Wähler nicht für dumme verkaufen läßt. Man weiß inzwischen allgemein, daß alle Staaten der westlichen und z.T. auch östlichen Welt mit weltweiten Krisenerscheinungen zu kämpfen haben, daß es aber der Bundesrepublik gelungen ist, die Wirtschaft in Ordnung zu halten. Das Strauß-Rezept von Sonthofen hat also den Unions-Parteien jedenfalls nichts genützt.

Deshalb muß ein anderer Buhmann her, einer, den man nach Möglichkeit nicht greifen kann. Früher hieß es auch einmal, der Marxismus sei an allem "schuld". Dann nahm man noch die Freimaurer und die Juden zu Hilfe, die ebenfalls "schuld" an allem Unbill sein sollten. Auf diese Weise verängstigte man Millionen Menschen in unserem Volk, lenkte sie von den wirklichen Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab und ließ sie in ein Tausendjähriges Reich hineinstolpern, das zwar nur 12 Jahre dauerte, aber trotzdem ein Meer von Blut und Tränen und eine Trümmerlandschaft hinterließ.

Strauß spielt nach der Sonthofener Verelendungs-Pleite jetzt völlig unbeirrt und unbeeindruckt mit der Marxismus-Angst. Wird ihm die CDU auch da folgen, wenn es, wie es heißt, jetzt um ein "Sachprogramm" der Unions-Parteien geht?

Günter Markschepfel
(-/21.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Höherer Lohn für Ehrlichkeit

Anmerkungen zum Gesetzentwurf über Änderungen des Fundrechts

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Vorschriften über Finderlohn und Fundsachen sollen den veränderten Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf des Bundesrates vor, der aufgrund einer Initiative des Landes Hessen beim Bundestag eingebracht worden ist und am Donnerstag in erster Lesung behandelt werden wird.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf vor: 1/ Ist die Fundsache nicht mehr als zehn DM wert, braucht der Fund nicht angezeigt zu werden (bisher drei DM); 2/ der gesetzliche Finderlohn soll künftig bis zu einem Wert von 1.000 DM 5 vH betragen (bisher: 5 vH bis zu 300 DM); von dem darüber hinausgehenden Wert wird der Finder drei vH erhalten (bisher eins vH); 3/ mit dem Ablauf von sechs Monaten nach der Anzeige des Fundes soll der Finder das Eigentum an der Sache erwerben (bisher: mit dem Ablauf eines Jahres); 4/ bei einem Fund in den Geschäftsräumen und in Beförderungsmitteln von Behörden oder öffentlichen Verkehrsanstalten soll ein Anspruch auf Finderlohn begründet werden.

Insgesamt gesehen wird die Vergeßlichkeit zukünftig teurer und riskanter werden. Ob damit zugleich wegen des erhöhten Finderlohns und der verkürzten Frist zum Eigentumserwerb die Bereitschaft in der Bevölkerung erhöht wird, Funde im verstärkten Maße anzuzeigen, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig gehen bei den Fundämtern durchschnittlich auf drei Verlustanzeigen nur zwei Fundanzeigen ein. Wenn man bedenkt, daß sich zahlreiche Verlierer erst gar nicht melden und daß lediglich jeder zweite Fund an den Berechtigten zurück vermittelt wird, so zeichnet sich ein ziemlich trübes Bild der Fundehrllichkeit ab.

Wer sich diesem "Trend" entzieht und seinen Fund, sagen wir eine Brieftasche mit 1.000 DM, ehrlich an den Verlierer zurückerstattet, erlebt gegenwärtig eine kleine Überraschung: Der Finderlohn für die 1.000 DM beträgt zurzeit nur 22 DM. Zukünftig werden es 50 DM sein. Damit kehren zwar nicht die goldenen Finderzeiten des Preussischen Allgemeinen Landrechts (1794) zurück, das grundsätzlich für den Finder eine Belohnung in Höhe des "zehnten Theils des Werthe der Sache" vorgesehen hatte; in dessen wird den Vorstellungen der Allgemeinheit von einer angemessenen Belohnung wesentlich besser Rechnung getragen.

Darüber hinaus kann der Gesetzentwurf durch die Erhöhung der Wertgrenze für die Anzeigepflicht des Finders und die Abkürzung der Aufbe-

wahrungs- und Eigentumswerbepflicht erhebliche Einsparungen bei den Fundbehörden ermöglichen. Gegenwärtig bereitet die lange Aufbewahrung der zum Teil sperrigen Fundsachen erhebliche Schwierigkeiten, die in keinem Verhältnis zu dem meist geringen Wert der Fundsachen stehen. Überdies erscheinen die Verlierer, sofern sie sich überhaupt an das Fundbüro wenden, zu 99 vH in den ersten sechs Monaten nach dem Verlust. Andererseits könnte allerdings ein erhöhter Verwaltungsaufwand hervorgerufen werden, wenn im Gegensatz zur derzeitigen Regelung Funde in öffentlichen Behörden oder Verkehrsanstalten entsprechend dem Gesetzentwurf einen Anspruch auf Belohnung begründen sollten.

Ein erheblicher zeitlicher, personeller und sachlicher Mehraufwand (z.B. durch die Feststellung der Personalien des Finders) wird nicht hinzunehmen sein. Ferner ist zu bedenken, daß schon zur Zeit die Versteigerungserlöse die Unkosten der Fundaufbewahrung und Fundversteigerung durch die Verkehrsanstalten bei weitem nicht decken. So betragen die Einnahmen des Flughafens Frankfurt im Jahr 1974 aus Fundbearbeitungsgebühren und Versteigerungserlösen 31.439 DM, während sich der mit den Funden zusammenhängende Verwaltungsaufwand auf ca. 180.000 DM belief. Der Verlust würde sich bei der Begründung eines Anspruchs auf Finderlohn und bei zusätzlichen Personalkosten beträchtlich erhöhen.

Über diese Zusammenhänge wird in den Ausschlußberatungen noch zu reden sein. Es könnte sich auch erweisen, daß die Grenzen für die Anzeigepflicht und die Eigentumswerbepflicht aus Gründen der Vereinfachung weiter heraufgesetzt werden sollten.

Der erste Schritt zu einem gerechteren Interessenausgleich zwischen Finder und Verlierer sowie zu einem vernünftigeren Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand einerseits und Belangen der Verlierer andererseits ist jedenfalls getan. (-/21.5.1975/bgy/ka/pr)

+ + +

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Spanien vor dem Wechsel

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstands und Außenpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Wer in Spanien einige Tage die Möglichkeit hat, mit den sich auf die Zeit ihrer Legalität vorbereitenden Parteien, mit Wirtschaftsexperten, mit Wissenschaftlern, mit spanischen und ausländischen Journalisten über die Situation des Landes zu sprechen, wird mit zwiespältigen Gefühlen zurückkehren.

Spanien steht vor dem Wechsel. "Cambio", der Wechsel, das ist den Spaniern aller gesellschaftlichen Gruppen mehr als ein Führungswechsel an der Spitze des Staates. Wechsel ist die bevorstehende Änderung der Verfassungs- und Machtstrukturen. Darin sind sich alle einig. Mit Ausnahme der politischen Polizei lebt Spanien mehr im Warten auf Morgen als im Heute. Der Wechsel soll sich nach Meinung der großen Mehrheit schrittweise, kontrolliert, d.h. ohne Gewalt vollziehen. Die Erfahrungen und die Nachwirkungen des Bürgerkrieges haben in allen Gruppen zur Überzeugung geführt: Keine Gewalt beim Übergang! So hofft man auf einen nach Francos Abtreten von der Armee garantierten schrittweisen Übergang zur parlamentarischen Demokratie.

Spanien will als Vollmitglied in die Europäische Gemeinschaft. Erst danach soll von einer Mitgliedschaft in der NATO gesprochen werden. Dies ist die Auffassung der Demokraten. Man hofft, daß Europa Spanien bei einem Systemwechsel entgegenkommt, so wie man Griechenland und Portugal entgegengekommen ist. Man erhofft sich dabei in Brüssel die Möglichkeit rascher Beitrittsverhandlungen, gekoppelt mit dem Prozeß einer fortschreitenden Demokratisierung in Spanien selbst.

Vier Essentials der Demokratisierung sollen beachtet werden: freie Presse, freie Entfaltung der Parteien, freie Gewerkschaften und freie Wahlen. Diese Essentials sollen auch den Weg nach Europa öffnen.

Dies alles gibt ein hoffnungsvolles Bild. Die düsteren Schatten der Gegenwart sollten nicht übersahen werden.

Man muß als Besucher Spaniens zur Kenntnis nehmen, daß man dort übereinstimmend der Meinung ist, die Regierung habe die Kontrolle über ihre eigene Polizei verloren. Rechtseradikale Schlägertrupps verbreiten zunehmend Terror und werden von der Polizei gedeckt. Politische Engagierte, die am Aufbau demokratischer Parteien beteiligt sind, werden verhaftet. Häufiger verhaftet als zuvor. Einer meiner vorgesehenen Gesprächspartner, Rechtsanwalt Bustelo, war mit zahlreichen anderen Sozialisten im Gefängnis. Während meiner Anwesenheit haben einige hundert schwerbewaffnete Polizisten drei Dutzend Rechtsanwälte auseinandergetrieben. Aus Angst vor der Polizei beginnt man in Spanien bereits auf das Heer als Ordnungsfaktor zu hoffen. Die Armee, sagt man, sei im Gegensatz zur Polizei bereit, den Prozeß eines schrittweisen Übergangs zur Demokratie ohne "violencia", d.h. ohne Gewalt, zu garantieren.

(-/21.5.1975/ka/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Cleve Freller